

10.01.96

Wi

Verordnung
des Bundesministeriums
für Wirtschaft

Achtunddreißigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

A. Zielsetzung

- Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen mit Resolution 1022 (1995) beschlossenen Sanktionssuspendierung gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien für den Kapital- und Zahlungsverkehr.
- Hinweis auf die wegen der Sanktionssuspendierung für den Waren- und Dienstleistungsverkehr erlassene Verordnung (EG) Nr. 2815/95.

B. Lösung

Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 07.02.96

10.01.96

Wi

**Verordnung
des Bundesministeriums
für Wirtschaft**

Achtunddreißigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

Der Chef des Bundeskanzleramtes

031 (412) - 651 09 - Au 185/96

Bonn, den 10. Januar 1996

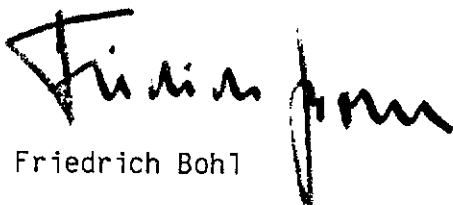
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 27 Abs. 2 des Außenwirtschaftsgesetzes die vom Bundesministerium für Wirtschaft erlassene

Achtunddreißigste Verordnung zur Änderung
der Außenwirtschaftsverordnung *)

mit Begründung und Vorblatt.

Die Verordnung wurde am 22. Dezember 1995 im Bundesanzeiger Nr. 241 verkündet. Sie wird gleichzeitig der Präsidentin des Deutschen Bundestages mitgeteilt.


Friedrich Bohl

Fristablauf: 07.02.96

*) Vom Umdruck der o.a. Verordnung wird abgesehen, da diese am 22. Dezember 1995 im Bundesanzeiger Nr. 241 bereits verkündet worden ist.